

Ablehnung wichtiger Entlastungen für den Mittelstand im Vermittlungsausschuss verhindert Investitionen

Ablehnung wichtiger Entlastungen für den Mittelstand im Vermittlungsausschuss verhindert Investitionen

Am heutigen Mittwoch verhandelt der Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat das Jahressteuergesetz 2013, das

Steuerabkommen mit der Schweiz sowie das Unternehmenssteuervereinfachungsgesetz. Hierzu erklären der wirtschaftspolitische Sprecher der

CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Joachim Pfeiffer, und der Vorsitzende des Parlamentskreises Mittelstand, Christian von Stetten:

keine Vermittlung, sondern die Ablehnung im Vermittlungsausschuss bei so wichtigen steuer- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie dem

Gesetz zum Abbau der kalten Progression, dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen, dem Jahressteuergesetz

2013 und dem Unternehmenssteuervereinfachungsgesetz.

-bie SPD und ihr frisch gewählter Kanzlerkandidat Peer Steinbrück müssen die bisherige

Blockade bei diesen Gesetzen aufgeben. Die SPD darf dem Mittelstand nicht die dringend benötigte "Luft zum Atmen" nehmen. Diese bereits im

Bundestag beschlossenen Gesetze bauen bei Inkrafttreten Bürokratie ab und fördern zusätzliche Investitionen. Eine Blockade der Gesetze wäre ein

weiterer "Stolperstein" für Peer Steinbrück und würde die mittelstandsfeindliche Haltung der SPD untermauern. "cbr /cDU/CSU-Fraktion im

Deutschen Bundestag-br /cPlatz der Republik 1, 11011 Berlin-br /cfraktion@cducsu.de-cbr /chttp://www.cducsu.de cbr /chttp://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=517152" width="1" height="1")

Pressekontakt			
Fressekoniaki			
CDU/CSU-Fraktion			
11011 Berlin			
Firmenkontakt			
CDU/CSU-Fraktion			
11011 Berlin			

CDUDie Christlich Demokratische Union Deutschlands ist die Volkspartei der Mitte. Wir wenden uns an Menschen aus allen Schichten und Gruppen unseres Landes. Grundlage unserer Politik ist das christliche Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott. Unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sind daraus abgeleitet. Die CDU ist für jeden offen, der die Würde und Freiheit aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Die CDU Deutschlands steht für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale und Ökologische Marktwirtschaft, die Einbindung Deutschlands in die westliche Werte- und Verteidigungsgemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas. Ein menschlicher, an christlichen Werten ausgerichteter Kurs: Das sind Kompaß und Richtmaß unserer Politik. Auf dieser Grundlage treten wir an, unser Gemeinwesen in der sich verändernden Welt weiterzuentwickeln. Wir werden diesen Weg mit Mut und Tatkraft gehen, um unseren Kindern und Enkeln für ihre Zukunft im 21. Jahrhundert alle Chancen zu geben. CSUWurzeln und Auftrag der CSU-Landesgruppe sind eng verknüpft mit der deutschen und bayerischen Parteiengeschichte. Die CSU-Landesgruppe ist als Zusammenschluss der Abgeordneten der CSU im Deutschen Bundestag institutionelle Basis und Kraftzentrum des bundespolitischen Gestaltungsanspruchs, der sich zu keiner Zeit ausschließlich auf die Durchsetzung bayerischer Interessen im Bund bezog, sondern immer Politik für ganz Deutschland bedeutete. Von Anfang an haben daher Mitglieder der CSU-Landesgruppe in unionsgeführten Bundeskabinetten Regierungsverantwortung übernommen.